Das „Hamburger Echo" erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: monatlich M. 2,90, vierteljährlich M. 8,70 frei ins Haus. Einzelnummer 10 ₰. Kreuzbandsendungen monatl. M. 5.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson, Hamburg.
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß Buchhandlung. Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: 1. Stock. Fehlandstraße 11.

Hamburger Echo

Anzeigen die zehngespaltene Petitzeile 75 ₰, zuzüglich 33⅓ v.Hundert Teuerungszuschlag. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 70 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 3 Uhr) u. in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden auch gegen Entgelt nicht aufgenommen.

Nr. 260. Sonntag, den 8. Juni 1919. 33. Jahrgang.

Verhaftung der französischen Sozialistenführer verlangt.

Der Pfingstparteitag.

Wenn nach dem altjüdischen Festkalender der fünfzigste Tag nach dem Darbringen der Erstlingsgarben als Freuden- und Opfertag gefeiert wurde, und nach dem christlichen Mythus der fünfzigste Tag als der Tag der Ausgießung des Geistes über die Apostel des Nazarenerevangeliums gestiftet wurde, so könnte man fast beide symbolische Deutungen für unseren Pfingstparteitag anwenden. Ein jubelndes Erntedankfest wird der Weimarer Tag allerdings nicht sein. Denn nach den ersten Garben der Revolution sind viele andere, wohl die allermeisten, nicht in die Scheuer gelangt. Und ob der heilige Geist des revolutionären, aufbauenden Sozialismus restlos über die Weimarer Delegierten kommen wird — den wir nötiger denn je gebrauchen —, wer könnte das zur Stunde sagen. Und der Weimarer Geist besonders soll ja für Deutschland wundertätig sein. Ueber die deutsche Nationalversammlung ist er trotz Friedrich Eberts heißem Gebet am 6. Februar leider noch nicht gekommen. Wir haben also ein Recht, mit pessimistischem Ballast nach Weimar zu reisen. Schon türmen sich die Schwierigkeiten vor den Delegierten auf. Auch die Nationalversammlung soll gleichzeitig tagen: die Versailler Entscheidung wird erwartet. So blickt das deutsche Volk in seiner Gesamtheit, und die Arbeitenden und der Sozialismus im besonderen, mit leidenschaftlicher Spannung nach dem deutschen Athen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Teilnehmer dieses Parteitages historische Tage von schwerster Bedeutung erleben. Was von Versailles kommt, wird ein schlechter Friede, oder noch schlimmeres: neuer Krieg, neue Reaktion und noch schlechterer Friede sein. Es ist denkbar, daß diese Doppeltagung für beide Parlamente zur Schicksalstagung wird, und daß der sozialdemokratische Parteitag berufen sein kann, in dieser oder jener Form auf die Beschlüsse der Nationalversammlung Einfluß zu gewinnen.

Jedenfalls ist diese erste Volltagung nach Krieg und Revolution für Volk, Arbeiterschaft und Partei von allergrößter Bedeutung. Sie geht über den Rahmen einer Parteigeneralversammlung weit hinaus. Der Parteitag soll zum Sozialismus, wie zur Revolution und zur zukünftigen Stellung unseres Volkes im Kreise der anderen Völker Beschlüsse fassen und Bekenntnisse ablegen, die geschichtliche Folgen haben müssen. Das zeitliche Zusammentreffen mit der Erwartung über die Versailler Entscheidung kann dazu beitragen, daß die große innere Aussprache über die Haltung der Partei in der Revolution in den Hintergrund gedrängt oder schließlich ganz vertagt wird. Aber wenn wir auch bei einer gekürzten Tagesordnung über den inneren Zustand unserer Partei verhandeln müssen, überall wird sich die zwingende Notwendigkeit zeigen, das Verhältnis der Sozialdemokratie als Organisation sowohl, wie als geistige Bewegung in Einklang mit der Größe dieser revolutionären Epoche zu bringen. Aus den zahlreichen Anträgen spricht ein zum Teil leidenschaftliches Drängen nach Klärung, nach einer Befreiung von Zweifeln an der Kraft des Sozialismus. Es ist ein großes Fordern nach Rechenschaft, das sich Massen und Führer geben wollen, geben müssen. Das gewaltige Wachstum unserer Organisation in der Revolution ist für die Partei zugleich auch eine Erschütterung gewesen. Es sind nicht nur nummerierte Mitglieder zu hunderttausenden aufgenommen, sondern es sind hochschlagende Hoffnungen der Armen auf die neue sozialistische Struktur der Welt gewesen, die unsere Organisation erfüllte. Man lese nur die Stichproben über den Mitgliederzuwachs im Bericht des Vorstandes: Im Bezirk Westliches Westfalen betrug am Jahresschluß die Mitgliederzahl 52 611 gegen 12 902 bei Abschluß des vorigen Berichtsjahres. Im Bezirk Pommern 26 685 gegen 1256. Der Bezirk Dresden berichtet über 39 103 Mitglieder gegen 12 037 am Schlusse des vorigen Jahres. 15 020 gegen 1479 im Vorjahre werden aus dem Bezirk Kassel gemeldet.

Das ist nur ein kleiner Auszug. Ihm entspricht vor allem die Zahl der in die Reichs- und Kommunalparlamente geschickten Vertrauensmänner und Frauen. Von den letzteren zählt die Partei gegenwärtig in den Bundesstaaten und im Reichsparlament allein 54 Verterterinnen. In der Nationalversammlung sitzen 165 Sozialdemokraten neben 22 U. S. P. In den Einzellandtagen 713 Vertreter gegen 231 im Jahre 1913. Der Hunger nach sozialistischer Literatur ist fast gleich geworden dem anderen, rein physischen Hunger. 24 neue Parteiblätter wuchsen durch die Revolution rasch empor, und trotzdem schreien die Genossen überall im Lande nach neuen sozialistischen Tagesblättern. Dieser elementare Schwung drängt selbstverständlich zu Taten auf der ganzen Linie.

Und gerade über die sozialistische Tat wird der Parteitag mit sich selbst ins Reine kommen müssen. Hier wird das Schlagwort von den wirklichen Dingen getrennt werden müssen, aber es wird auch das Tasten und das mangelnde Selbstvertrauen aufgegeben werden müssen, und es wird vor allem wieder mehr Offensivgeist in den ganzen Kampf hineinkommen müssen. In dem Augenblick, wo die Nationalwahlen uns den kleinen Berg Stimmzettel brachten, ist der große Schreck über uns gekommen und hat unsere alte Angriffslust gelähmt und uns täglich mehr in die Deffensive gedrängt. Auf dem Boden der Demokratie hat der Kapitalismus seine Truppen und vor allem seine Intelligenzen gegen uns geführt. Das können wir als Demokraten freilich nicht hindern. Aber die Strategie verlangt, daß man das nummerische Mindergewicht durch das Schwergewicht der sozialistischen Initiative, und zwar der rücksichtslosesten Initiative ersetzt. Daran hat es ohne Zweifel oft genug gefehlt. Gerade in den letzten Wochen mehr denn je. Das waren Fehler, über die wir draußen erschraken, und von denen andere lebten. Das ist unsere Krankheit geworden, die gerade jetzt unter allen Umständen wieder geheilt werden muß. Der Parteitag soll Helfer und Arzt werden. Und nicht nur für die engere Partei allein. Tausende und abertausende Genossen hoffen, daß das rechte Wort und der rechte Weg auch über künstlich aufgerichtete Parteigrenzen hinweg zur Gesundung des kranken Gesamtkörpers gefunden wird. Es ist die Sehnsucht nach dem guten Geist des Proletariats, des echten Brudertums, die diesen Weimarer Parteitag begleiten und ihm jede Stunde fühlbar sein wird. Mag dieser Geist zum Pfingstgeist, zum Erfüllungsgeist des hoffenden Proletariats werden.

Fieberstimmung in Paris.

(Eigener Drahtbericht des „Hamb. Echo".)

Lörrach (Baden), 7. Juni. Die gesamte Pariser Presse steht ausschließlich unter dem Eindruck des Streiks, hinter dem Versailles völlig in den Hintergrund tritt. Die regierungstreuen Blätter sind von größter Besorgnis erfüllt. Das „Jounal des Debats" sagt: Wenn die deutsche Regierung für einige Tage, aufrichtig oder nicht, auf dem Entschluß, nicht zu unterschreiben, besteht, so geschieht es deswegen, weil sie auf bolschewistische Unruhen in den Ententeländern rechnet. Die Streikleiter behaupten, für den Frieden zu arbeiten, aber die Bewegung bildet gerade das einzige Hindernis für die unmittelbare Unterzeichnung. Der „Temps" sagt, Frankreich befinde sich am Vorabend der Ausrufung der Diktatur des Proletariats. In der „Action francaise" bezeichnet L. Daudet als das Ziel der sozialistischen Führer, den Deutschen zu einem guten und damit Frankreich zu einem schlechten Frieden zu verhelfen, um so dem Sowjetismus eine günstige Stellung zu verschaffen. Das Blatt verlangt die Verhaftung der sozialistischen Führer und fordert die Regierung zu raschem Handeln auf. Dieser Stimmung schließt sich der Sozialist Herve an, der in der „Victoire" an die Arbeiter die Frage richtet, ob sie denn gänzlich verrückt geworden seien. Er schreibt: Wir rufen den Pariser Arbeitern und Angestellten zu: Es ist nicht Revolution, auf die Brockdorff hofft, sondern Pflichtvergessenheit und Schande, zu der Euch schlechte Führer leiten!

*

Die sozialistische Presse setzt ihren Feldzug mutig fort. Die „France libre" verhält sich gemäßigt und begnügt sich damit, auf die Ursachen der heutigen Bewegung hinzuweisen, die auf das langsame Arbeiten der Konferenz, auf die Enttäuschung über den Friedensvertrag, die unerträgliche Teuerung der Lebensmittel, die Aussicht auf gerade die Arbeiterklasse belastende Steuern und die Abneigung der Regierung gegen die Sozialisten zurückzuführen ist. Im „Journal du Peuple" veröffentlicht Henry Fabre einen Artikel mit der Ueberschrift: „Werden sie gehen?", nämlich die Regierenden, und er schreibt: „Die Stunde ist ernst, ebenso wie im August 1914. Das Proletariat erhebt sich heute nicht, um diese oder jene materielle Verbesserung zu erlangen, sondern um den festen Willen kund zu tun, in der gesamten Gesellschaft die notwendige radikale Umformung zu erwirken. Es ist ein neuer Geist, der sich damit offenbart. Und in der „Humanité" betont Cachin: Millionen und Millionen Proletarier zählen heute auf Veränderung des Eigentums. Auf dieses Ziel marschieren wir von jetzt an rasch durch Unruhen und Krisen hindurch, die die Bürger mit Schrecken erfüllen.

In den Wandelgängen der Kammer bildet der Streik das einzige Gesprächsthema, vor dem alle politischen Fragen zurücktreten. Unter den bürgerlichen Deputierten ist man übereinstimmend der festen Ansicht, daß die Arbeiterbewegung politische Ziele verfolgt und scheut sich nicht, den Streik als von bolschewistischen Händen finanziert hinzustellen. In Offizierskreisen soll nach der „Action francais" mehr Ruhe und Optimismus herrschen als im Palais Bourbon. Besonders soll keinerlei Unruhe gezeigt werden. Aber, fragt sich die „Action francais", und das nicht mit Unrecht: Ist das nicht gewollter Optimismus?

Am Freitag wird Cachin in der Kammer über die auswärtige Politik sprechen. In der „Victoire" fällt Hervé dem streikenden Proletariat in den Rücken, worüber einige bürgerliche Blätter ihr Erstaunen nicht verbergen. In der sozialistischen und radikalen Presse mehren sich die Angriffe auf Clemenceau. Terry bezeichnet Clemenceau als einen Politiker mit alter Schuld und Fabre schreibt im „Populaire", daß das Volk genug Kraft habe, um den Widerstand derjenigen zu brechen, die sich gegen das Volk verbunden haben.

Warnung vor politischen Forderungen.

In einem Aufruf der „Confédération générale du travaille" werden die Arbeiter ermahnt, die politischen Forderungen nicht in den augenblicklichen Streik hineinzutragen, sondern die internationale Verständigung mit Italien und England wegen der gemeinsamen großen Aktion abzuwarten. Die Regierung und das Parlament werden vor der Anwendung von Gewaltmaßregeln gewarnt. Die Pariser Eisenbahner haben eine Tagesordnung angenommen, in der erklärt wird, daß die gegenrevolutionäre Aktion der Regierung lange genug gedauert habe. Die russischen, ungarischen und deutschen Revolutionäre täten nichts anderes, als das auch von den Franzosen verteidigte Prinzip der Expropriation der Kapitalisten zu fordern. Das Verhalten der Soldaten und Matrosen, welche ihre Mithilfe für die Regierung verweigert hätten, wird gebilligt, und es wird erklärt, man sei für eine sofortige Aktion, den Verkehr aller Truppen und Munitionszüge, mit Ausnahme der Urlauberzüge, einzustellen, um die Unternehmungen der Regierung gegen die revolutionären Völker und gegen die desertierenden Soldaten zu verhindern.

Der Streik der Grubenarbeiter in Nordfrankreich ist beendet, dagegen fordern die Angestellten der Pariser Untergrundbahn die Verstaatlichung.

Das Antistreikgesetz.

Aus der bekannten Wissellschen Denkschrift, die zunächst zur vertraulichen Lektüre für des Ministers Kabinettskollegen bestimmt war, veröffentlichte die „Freiheit" dieser Tage den Entwurf eines „Gesetzes zur Sicherung des Wirtschaftslebens" Das Gesetz hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Um das Recht auf Arbeit gegen unzulässige Eingriffe zu sichern, soll die Einstellung der Arbeit im Wege des Streiks nur stattfinden, nachdem

a) ein Schlichtungsverfahren vor dem zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten zuständigen Einigungsamt oder Schlichtungsausschuß durchgeführt ist, und demnächst

b) die Arbeitnehmer in einer von den Arbeiter- oder Angestelltenausschüssen der betreffenden Betriebe herbeizuführenden geheimen Abstimmung mit einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln ihrer Gesamtzahl sich für die Arbeitseinstellung erklärt haben.

§ 2. Die Aussperrung von Arbeitnehmern durch den Arbeitgeber ist nur nach Durchführung des in § 1 unter a bezeichneten Schlichtungsverfahrens zulässig. Das gleiche gilt von der Stillegung des Betriebes, soweit sie nicht durch höhere Gewalt oder die Einleitung des Konkursverfahrens verursacht wird.

§ 3. Unbeschadet der Vorschriften des § 10 und des § 21 Absatz 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (R.-B.-Bl. S. 1456) kann die Landeszentralbehörde den höheren Verwaltungsbehörden die Befugnis übertragen, in wichtigen Fällen zur Durchführung des in den vorstehenden Bedingungen vorgesehenen Schlichtungsverfahrens besondere Schlichtungsstellen einzusetzen, in denen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl als Beisitzer mitzuwirken haben.

§ 4. Durch Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiter- und Angestelltenausschuß oder, sofern mehrere Betriebe der gleichen Fachgruppe innerhalb des gleichen Wirtschaftsgebietes in Betracht kommen, durch die Arbeitsgemeinschaft der beteiligten Fachgruppe, kann eine andere als die nach den vorstehenden Bestimmungen zuständige Schlichtungsstelle mit der Durchführung des Schlichtungsverfahrens betraut werden.

§ 5. Wer unter Verletzung der Vorschriften des § 1 öffentlich oder durch Mitteilungen, die für einen größeren Personenkreis bestimmt sind, zum Streik auffordert oder anreizt, oder wer bei der Einleitung oder Durchführung eines solchen Streiks als Führer oder Leiter mitwirkt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der in der in Absatz 1 bezeichneten Weise dazu auffordert oder anreizt, andere an der Aufnahme der Arbeit zu hindern. Das gleiche gilt von demjenigen, der unter Verletzung der Vorschriften des § 2 zur Aussperrung von Arbeitern oder zur Stillegung des Betriebes schreitet.

§ 6. Wer öffentlich oder durch Mitteilungen, die für einen größeren Personenkreis bestimmt sind, andere zu Handlungen auffordert, die bezwecken, die Leiter von wirtschaftlichen Betrieben in der rechtmäßigen Ausübung ihres Dienstes zu hindern, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 7. Die Polizeibehörden sind befugt, die in § 5 Absatz 1 und 2 und in § 6 bezeichneten Personen unbeschadet der Strafverfolgung festzunehmen und für die Dauer der Streikgefahr in Gewahrsam zu halten.

§ 8. Die Landeszentralbehörden sind befugt, Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz zu erlassen.

§ 9. Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Auch über diesen Gesetzentwurf waltet das Unheil und es ist selbstverständlich, daß es so nicht verabschiedet werden kann. Es mag genügen, wenn wir zur Charakterisierung dieses Gesetzes aus der Wissellschen „Planwirtschaft" die folgende Beurteilung aus dem bürgerlichen „Berliner Tageblatt" hierhersetzen.

„. . . . Die Vorschläge des Reichswirtschaftsministeriums dürfen dabei auf eine besondere Originalität nicht Anspruch erheben. Schon seit langen Jahren haben die Sozialisten in Neuseeland und in einigen Bundesstaaten Australiens dieses Zwangsschiedsgerichtsverfahren in Lohn- und sonstigen Arbeiterfragen mit Erfolg verwirklicht. Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Strafbestimmungen erscheinen indessen zu hart und vor allem zu kautschukartig und geben der Polizei zu weitgehende Präventivrechte.

Eine solche Beurteilung von dieser Stelle ist bitter genug. Es erübrigt sich, mehr dazu zu sagen.

Politische Nachrichten.

Vom entflogenen Vogel.

WTB. Haag, 7. Juni. Das Korrespondenzbureau erfährt, daß dem Oberleutnant Vogel, da er ohne ordnungsgemäßen Paß über die niederländische Grenze gekommen ist und daher als eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit angesehen wird, ein für solche Zwecke eingerichtetes Ausländerlager als Aufenthaltsort angewiesen ist. Von seinem Rechte, das Ersuchen um Zurückbeförderung nach seiner Heimat zu stellen, hat Oberleutnant Vogel bisher nicht Gebrauch gemacht. Die niederländische Regierung hat, soweit bekannt ist, bisher noch kein Auslieferungsersuchen vonseiten der deutschen Regierung erhalten. Die Behandlung eines etwaigen Auslieferungsersuchens wird von den Tatsachen abhängen, auf die sich das Ersuchen gründet.

Die Lage in München.

WTB. München, 7. Juni. Die Abendblätter melden: Die Auflösung der Münchener Garnison ist so gut wie durchgeführt. Die Kasernen sind teilweise in trostlosem Zustand. Der Spartakistenführer Toller berief sich bei der Vernehmung darauf, daß die Entstehung der ersten Räterepublik im wesentlichen auf die Mehrheitssozialisten zurückgehe. Die Unabhängigen hätten nur widerwillig mitgetan. Mit der planlosen Verhaftung der Geiseln war er nicht einverstanden. Der angedrohte Ausstand der Münchener Gemeindebeamten und -arbeiter scheint nach der „Münchener Post" abgewendet zu sein, da die Zulagenfrage gütlich geregelt werden soll.

Belagerungszustand über Remscheid.

Ueber Remscheid und Lennep wurde der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Regierungstruppen des Generalkommandos Münster, welche in Automobilen in die Stadt Remscheid einrückten, verhafteten 5 Führer der Kommunisten und Unabhängigen, darunter das Mitglied der Nationalversammlung Braß. Die Verhafteten wurden wegtransportiert. Gleichzeitig traten die Industriearbeiter, Straßenbahner und Buchdrucker in den Ausstand.

Der Proteststreik gegen den Belagerungszustand in Duisburg umfaßt etwa 50 000 Arbeiter. Sämtliche Betriebe in Duisburg, Ruhrort und Meiderich liegen still.

Neue Streikbewegung im Duisburger Revier.

WTB. Duisburg, 7 Juni. Der Proteststreik gegen den Belagerungszustand hat sich weiter stark ausgedehnt und droht zu einem allgemeinen Ausstand zu werden. Die meisten Industriearbeiter, ein Teil der Bergleute und alle Straßenbahner sind daran beteiligt, auch die Beamten und Angestellten eines Werkes haben sich ihm angeschlossen. Am 6. Juni nachmittags hat eine Besprechung zwischen den Vertretern der Stadtverwaltung, des Generalkommandos und dem Reichskommissar Severing mit den Arbeitervertretern stattgefunden, um die Aufhebung des Belagerungszustandes zu fordern.

Streikabstimmung in Magdeburg.

WTB. Magdeburg, 7. Juni. Die Arbeiterschaft der Magdeburger Metallindustrie war in eine Lohnbewegung eingetreten und forderte Erhöhung des Stundenlohnes um 60 ₰. Der Spruch des Schlichtungsausschusses, der der Erhöhung des Stundenlohnes um 20 ₰ zusprach, wurde nicht anerkannt, aber die heutige Abstimmung in den Betrieben ergab 8000 für und 14 500 gegen den Ausstand. Da dieser nach den Verbandssatzungen nur mit ¾-Mehrheit beschlossen werden kann, ist damit der Ausstand abgelehnt.

Tiroler Protest.

WTB. Innsbruck, 7. Juni. Meldung des Wiener Telegr- und Korrespondenzbureaus. Eine massenhaft besuchte allgemeine Wählerversammlung der deutsch-freiheitlichen Partei Tirols nahm eine Entschließung an gegen die Friedensbedingungen, durch welche auch Nordtirol zu einem lebensunfähigen Gebilde und einem Spielball romanischer Hinterlist gemacht würde. Die Entschließung verwirft jede Preisgabe deutschen Bodens und die Scheidung Deutsch-Oesterreichs vom Mutterlande Deutschland und fordert Verteidigung alles deutschen Wesens und Bodens bis zum äußersten.

Schlacht zwischen gegenrevolutionären Bauern und ungarischen Rätetruppen.

WTB. Wiener Neustadt, 7. Juni. Meldung des Wiener Telegr.- und Korrespondenzbuerabs: Gestern haben sich bei Oedenburg in der Gegend zwischen Zinkendorf und Kollerhof ungefähr 4000 bewaffnete Bauern angesammelt, um einen gegenrevolutionären Putsch auf die Räteregierung in Oedenburg auszuführen. Im Anmarsche auf Oedenburg stellte sich ihnen die inzwischen alarmierte Oedenburger Garnison, Infanterie mit Maschinengewehren und Artillerie, bei Zinkendorf entgegen, wo es zu einer blutigen Schlacht gekommen ist. Die gegegenrevolutionären Bauern wurden zurückgeschlagen und in Kollerhof von den Rotgardisten eingeschlossen. Nach kurzer Belagerung wurde Kollerhof, welches heute in Flammen steht, von den Truppen der Räteregierung in Sturm genommen und ein entsetzliches Blutbad angerichtet. Ueber das ganze Oedenburger Komitat wurde der Belagerungszustand verhängt und die Militärdiktatur verkündet.

General Mangin bleibt neutral.

General Mangin hat an den Bürgermeister von Mainz eine Erklärung gerichtet, wonach die Frontarmee in Sachen der Rheinrepublik absolute Neutralität üben werde. Lediglich gegen Kundgebungen, die die öffentliche Ruhe und Ordnung stören könnten, wird eingeschritten werden.

Zur Eröffnung der Kölner Universität.

Zur Teilnahme an der Eröffnung der Kölner Universität wollte eine Anzahl preußischer Regierungsvertreter nach Köln reisen. Es wurde jedoch nur dem Kultusminister Haenisch die Einreise gestattet, während sogar der Wohlfahrtsminister Stegerwald, der in Köln zu Hause ist, die Bewilligung nicht erhalten hat.

Kleine politische Mitteilungen.

Die „Regierung der Rheinrepublik" bringt in ihrem Vereinsorgan, dem „Mainzer Neuesten Anzeiger" eine Phantasiemeldung von einer Wiedererrichtung der Universität Mainz.

In Kaiserslautern kam es zu einem blutigen Abschluß des Proteststreikages. Eine französische Patrouille trieb eine Gruppe junger Leute auseinander und feuerte in sie hinein. Zwei Personen wurden getötet, zwei weitere verletzt.

In Höchst haben die Franzosen drei Arbeiter als Anstifter des Streiks verhaftet. Einer, der gestern wieder frei gelassen ist, war am ganzen Körper blau geschlagen. Die beiden andern wurden derartig mit Gummischläuchen und Reitpeitschen mißhandelt, daß man ihr Schreien auf der Straße hörte.

Das System der Privatmonopole.

Im Zentrum der deutschen kapitalistischen Organisationen sitzt die Deutsche Bank. Einer ihrer Direktoren war Herr Prof. Dr. Karl Helfferich. Bald nach Ausbruch des Krieges wurde er Staatssekretär der Reichsfinanzen. Er verwarf die englische Methode der Finanzierung des Krieges auf der Grundlage direkter Steuern und führte im Interesse des Großkapitals konsequent die entgegengesetzte durch, den Kriegslieferanten so hohe Preise zu gewähren, daß sie aus ihrem Profit beliebige Summen von Kriegsanleihe zeichnen konnten, mit der die Lieferungen bezahlt wurden. Die Kriegsanleihe wurde von vornherein konsolidiert, das heißt langfristig festverzinslich gemacht. Das feindliche Ausland sollte dann, wie Helfferich dem jubelnden Reichstag im vorzeitigen Siegesrausch verkündete, die Sklavenkette der Zinsen nach sich schleppen, um dadurch die Konkurrenzfähigkeit seiner Produktion auf Menschenalter hinaus zu lähmen.

Inzwischen zog der Krieg sich endlos in die Länge. Die Schuldenlast wuchs ins Unermeßliche. Es wurde allmählich klar, daß Deutschland, trotz seiner Siege, selber an die Verzinsung seiner ungeheuren Anleihen werde denken müssen. Neue Steuerquellen mußten angebohrt werden. Eine so scharfe Steigerung der direkten Steuern wie in England würde den Interessen des Kapitals widersprochen haben. Deshalb wurde im Rate der kapitalistischen Drahtzieher beschlossen, ein neues System indirekter Steuern auszubauen. Helfferich übernahm das Reichsamt des Innern und begann, die deutsche Wirtschaft in Form einer Reihe von Privatmonopolen zu organisieren. Das Leitmotiv war, durch Aufrechterhaltung der Ausschaltung der Konkurrenz die Kriegsprofitrate zur dauernden Norm und dadurch die Produktion recht steuerkräftig zu machen, auf Kosten der Verbraucher.

Privatmonopole sind Pflanzen, die nur im Dunkeln gedeihen. Das Tageslicht können sie nicht vertragen, weil ihr Anblick so häßlich ist, daß die Menschheit gleich schreien würde: reißt sie aus, werft sie fort, verbrennt sie! Es ist daher Existenzbedingung von Privatmonopolen, daß die Oeffentlichkeit von ihnen nichts erfährt, oder wenigstens nichts, was ihnen leicht gefährlich werden könnte. Ihre Morphologie muß geheim bleiben. Deshalb gibt man dem Kind irgend einen harmlosen Namen, hängt möglichst viele lichtabsperrende Mäntelchen herum und sorgt dafür, daß außer einigen leitenden Beamten, denen vielleicht gute Posten winken, niemand etwas davon erfährt, als die interessierten Kapitalisten selbst. Der Plan war auf die Voraussetzung gegründet, daß die Reaktion die Oberhand behalten würde. Und in der Tat, er ist so gebaut und so gut gelungen, daß von den zahlreichen Privatmonopolen, die unter Helfferich und seinesgleichen vom Reichsamt des Innern und später vom Reichswirtschaftsamt ins Leben gerufen wurden, der Oeffentlichkeit bisher fast nichts bekannt geworden ist. Man braucht sich nicht zu wundern, daß hieran auch die Revolution bisher noch nichts geändert hat. In den Aemtern sitzen fast überall noch dieselben Geheimräte und Vertrauensmänner des Kapitals, die kurz vorher das Ding gedeichselt hatten. Ein Narr, wer glaubt, sie würden ihre eigenen Kinder fressen.

Anfang April gerieten einige Akten des Warenvereins der Hamburger Börse zufällig in unsere Hände. Sie trugen die Unterschrift des Syndikus der Handelskammer, Dr. Mathies, der in einer geheimen Sitzung des Warenvereins die Feststellung machte, die Firma Arnold Otto Meyer habe vom Reichswirtschaftsamt ein tatsächliches Privatmonopol auf den Pfefferimport erhalten. Unsere Enthüllung dieses Tatbestandes hat den Präses der Handelskammer und Teilhaber der Firma Meyer, Herrn F. H. Witthoefft, veranlaßt, gegen uns einen Strafantrag zu stellen, der inzwischen von der Staatsanwaltschaft aufgenommen wurde. Die Voruntersuchung gegen uns ist jetzt im Gange. Der Strafantrag gründet sich hauptsächlich darauf, daß das Vorhandensein eines Privatmonopols bestritten wird. Es steht demnach die Behauptung des Syndikus der Handelskammer gegen die Behauptung ihres Präses. Die Strafkammer wird also selbst zu prüfen haben, wie sich die Sache verhält, und der Prozeß wird Gelegenheit bieten, sie gründlich aufzuklären.

Inzwischen aber hält das Reichswirtschaftsamt es für erforderlich und zweckmäßig, in dieses schwebende Verfahren einzugreifen, indem es durch das halbamtliche WTB. den folgenden erstaunlichen Ukas verbreiten läßt:

„Eine rechtzeitige Voreindeckung von Pfeffer schien seinerzeit ratsam, da Pfeffer für die Wurstfabrikation unbedingt nötig ist und die Preise im Produktionslande niedrig waren. Es wurde deshalb in Uebereinstimmung mit den hinzugezogenen Sachverständigen beschlossen, den dringendsten Bedarf des ersten Friedens-